

# „Der hohe Anspruch ist nicht erledigt“

CDU-MdB Norbert Lammert über eine Bindungswirkung des Ahlener Programms von 1947

Es gibt zwei Unarten im Umgang mit Parteiprogrammen, die gleichermaßen weit verbreitet sind: die unhistorische Interpretation, die den beschlossenen Text in unzulässiger Weise aus den konkreten zeitgeschichtlichen Umständen seiner Entstehung löst, und die historisierende Relativierung, die umgekehrt mit dem richtigen Hinweis auf die historischen Bezüge zu Unrecht unter schlägt, daß der jeweilige Text in aller Regel eben nicht nur eine Beschreibung der tatsächlichen Lage, sondern ein Programm zur Gestaltung der Zukunft sein sollte.

Das Ahlener Programm der CDU ist ein in jeder Hinsicht herausragendes Beispiel für die eine wie die andere Unsitte im Umgang mit politischen Texten.

Zeitgeschichtlich war es „die Antwort auf die Probleme eines demoralisierten, zerstörten und aufgeteilten Landes mit Millionen hungernder Menschen“ (Heiner Geißler), politisch wurde durch die Umsetzung der Aussagen der christlichen Soziallehre in das politische Programm einer neuen Partei der zukunftsweisende Weg eröffnet, der in Verbindung mit den ordnungspolitischen Ideen des Neo-Liberalismus in das epochemachende Konzept einer „Sozialen Marktwirtschaft“ einmünden sollte.

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“, lautet der berühmte erste Satz des Ahlener Programms, das deswegen eine „von Grund auf neue“ soziale und wirtschaftliche Ordnung verlangt:

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und schöpferischer Initiative des einzelnen läßt.

Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen vier Jahrzehnten grundlegend geändert haben. Dies allein genügt freilich nicht für die Behauptung, das Ahle-

ner Programm und sein Gestaltungsanspruch seien für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft irrelevant geworden. Wer die Analyse der ökonomischen und sozialen Lage sowie die daraus abgeleiteten programmatischen Forderungen dieses Programms so ernst nimmt, wie sie ganz offensichtlich gemeint waren, wird mehr Aktualitäten entdecken, als ihm lieb sein kann.

Die damals zu Recht beklagten „großen Zusammenballungen indu-



CDU-Politiker Lammert  
„Flucht in den Pragmatismus“

strieller Unternehmungen“ sind zwar – wie im Programm gefordert – durch Entflechtung zum Beispiel der IG Farben in eine Reihe von Einzelunternehmen sowie durch einschlägige Kartellgesetze aufgegriffen worden, und auch der Aktienbesitz der großen industriellen Unternehmungen ist relativ weit gestreut; dennoch „wurde“ – und wird eben noch immer! – „die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Vorstandes infolge der Vertretung der zahlreichen Aktionäre durch wenige Banken von einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen bestimmt“.

Was ist tatsächlich erledigt an der Position des Ahlener Programms, daß „die zu dem engen Kreis Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen ... infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und da-

mit zu große politische Macht hatten und haben“?

Und was ist aus der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe“ geworden, die das Ahlener Programm durch ein förmliches „Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherstellen“ wollte?

Erst ein Vierteljahrhundert nach dem Ahlener Programm hat die CDU bei ihrem Hamburger Parteitag 1973 die damalige Frage nach dem künftigen Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Betrieben auf den zentralen Punkt des Unternehmensrechts gebracht.

Wegweisend war das Ahlener Programm auch in seiner Forderung nach Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Unternehmen – wiederum mit dem ganz undogmatischen Hinweis, „die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarungen“. Die großen Erfolge der Bundesrepublik in der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten sind unübersehbar, aber gerade auf dem Hintergrund einer alle vernünftigen Erwartungen weit überbietenden privaten Vermögensbildung und auch im internationalen Maßstab durchaus beachtlichen Vermögensverteilung ist das Ausmaß der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der deutschen Wirtschaft deprimierend gering geblieben.

Das Ahlener Programm ist nicht folgenlos geblieben, aber die damals ausdrücklich gewollte Korrektur ökonomischer Nutzenerwägungen durch eine christlich-sozial geprägte Position, die den Menschen in den Mittelpunkt auch der Wirtschaftsordnung rücken wollte, ist gewiß noch immer nicht verwirklicht, ein für allemal auch wohl gar nicht erreichbar. Die Flucht in den Pragmatismus bleibt eine ständige Versuchung für Regierungen wie für Parteien.

Der Verfassungsauftrag der Parteien schließt die Verpflichtung ein, Auskunft zu geben über die Grundlagen und Ziele ihrer Politik. Das Ahlener Programm war und bleibt ein stolzer Beitrag in der Programmschichte der Union mit dem historischen Auftrag, die freiheitliche und soziale Alternative zu Kapitalismus sowie Sozialismus überzeugend zu vertreten. Dieser hohe Anspruch ist weder erledigt noch überholt.